

Protokoll

Vollversammlung des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Berlin am 13. November 2021

Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, Köpenicker Allee 39, 10318 Berlin

Anwesend: s. Liste ([Anlage 1](#))

Es wurde mit folgender Tagesordnung eingeladen:

1. Annahme der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 13. März 2021
3. Anfragen an den Vorstand
4. Bericht des Vorstands
5. Generationengerechtigkeit leben.
6. Synodalarat für das Erzbistum Berlin
7. Anträge
8. Verschiedenes

Herr Dr. Hetzelein gibt einen Impuls in den Tag zum Thema Generationengerechtigkeit. Frau Dr. Abmeier eröffnet die Vollversammlung, begrüßt die Mitglieder des Diözesanrates sowie als Gast Herrn Engelbreth, den Leiter des Katholischen Büros Berlin-Brandenburg. Frau Binek, der wenige Tage vorher vom Senat die Berliner Ehrennadel für besonderes soziales Engagement verliehen worden ist, gilt ein besonderer Gruß. Da zeitlich zur Vollversammlung die Caritas-Delegiertenversammlung sowie die Synode der EKBO stattfinden, sind Vertreter:innen dieser Organisationen entschuldigt. Herr Hoyer führt in die Hygieneregeln ein. Frau Müßig bittet die Mitglieder der Vollversammlung um eine Gabe für das Preisgeld des Drei-Königs-Preises 2022. Frau Dr. Abmeier übergibt das Wort an die Moderatorin Frau Wollenweber, die durch den Tag führen wird.

1. Annahme der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorgeschlagenen Fassung (s. o.) ohne Gegenstimmen angenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 13. März 2021

Das Protokoll der Vollversammlung am 13. März 2021 wird in der vorliegenden Fassung mit vier Enthaltungen und ohne Gegenstimmen angenommen.

3. Anfragen an den Vorstand

Anfragen an den Vorstand gem. § 3 der Geschäftsordnung des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Berlin zur Vollversammlung liegen nicht vor.

4. Bericht des Vorstands

Frau Dr. Abmeier berichtet über den schriftlich versendeten Bericht hinaus folgende Schlaglichter aus dem Vorstand:

Zu dem Ziel, die Interessenvertretung katholischer Laien in Gesellschaft und Politik wahrzunehmen, verweist sie auf die Aktion „Kein Weihnachten in Moria“ und die Folgeaktion „Menschrecht statt Moria“, an denen sich der Diözesanrat beteiligt hat. Die Verleihung des Drei-Königs-Preises 2021 an St. Christophorus war auch ein sozialpolitischer Beitrag des Diözesanrats. Als Vorsitzende war sie Mitunterzeichnerin eines offenen Briefes der Katholischen Elternschaft Deutschlands (KED) mit der Forderung, alles Mögliche dafür zu tun, Schulen und Kitas trotz der Pandemie offenzuhalten. Der Hedwigs-Empfang wurde am 7. Oktober 2021 durchgeführt und live übertragen. Zu den Wahlen von Bundestag, Landtag (M-V) und Abgeordnetenhaus gab es Aktionen und eine Kampagne zur Wahlbeteiligung gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Diözesan- und Katholikenräten.

Die Qualifizierung Ehrenamtlicher wurde mit einem Workshop befördert und das Gremienheft aktualisiert. Der Vorstand hat damit begonnen, Pfarreien zu besuchen.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Diözesanrats wurde intensiviert mit einem eigenen Newsletter, häufiger Präsenz im Tag des Herrn und vereinzelt auch im DOMRADIO und in der Süddeutschen Zeitung.

An den Themen aus der letzten Vollversammlung (Aufarbeitung und Prävention, Klimaneutralität sowie Frauenförderung und -pastoral) werde weiter gearbeitet.

Frau Dr. Abmeier dankt allen, die sich auf vielfältige Art und Weise engagieren und lädt ein, sich in den Sachausschüssen einzubringen.

Frau Wollenweber weist auf die Ausstellung „Grenzerfahrung“ hin, die im Sitzungssaal aufgebaut ist und kostenfrei zur Verfügung gestellt werden kann. Des Weiteren lädt sie die Anwesenden ein, sich an den Stellwänden zur Bischofssynode zur Synodalität zu beteiligen. Zu den jeweils genannten Themen können die eigenen Gedanken, Erfahrungen und Einschätzungen notiert werden (s. Anlage 4).

Es folgt die Aussprache zum Vorstandsbericht.

Herr Klose bittet darum, Frank-Thomas Nitz herzlich von der Vollversammlung zu grüßen und ihm für seine langjährige Tätigkeit als Referent des Diözesanrats zu danken. Er begrüßt die Mitgliedschaft des Diözesanrats in der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus. Des Weiteren lädt er herzlich zu den Digital-Afterwork-Veranstaltungen ein, bei denen über den Synodalen Weg informiert wird (s. www.dioezesanrat-berlin.de/digital-afterwork).

Herr Wilke regt an, kurze Berichte aus dem Diözesanrat in Pfarr- und Gemeindebriefen, wie es sie z. B. im Nordlicht (Pfarrbrief Heilige Drei Könige Nord-Neukölln) schon gibt, auszuweiten.

Herr Streich weist mit Blick auf den schriftlichen Bericht des Vorstands darauf hin, dass es noch mehr Außenvertretungen gibt, als darin aufgelistet sind, so z. B. im Netzwerk Diakonat der Frau, dem Treffpunkt Religion und Gesellschaft oder den Gremien der EKBO.

Frau Hoffmann nimmt Bezug darauf, dass über die Geschäftsstelle eine Information auf den Marsch für das Leben an die Mitglieder des Diözesanrats weitergeleitet worden ist. Das nimmt

die AG „Gegen Rechtsextremismus“ zum Anlass, ein Format anzubieten, wo eine intensive Beschäftigung erfolgen kann.

Herr Haas-Busch lädt ein zum Monatstreffen des Vereins Asyl in der Kirche Berlin-Brandenburg e.V. am 24. November um 19 Uhr, das sich mit der Situation an der polnisch-belarussischen Grenze befassen wird.

Die anwesenden Sachausschuss-Vorsitzenden stellen sich kurz vor.

5. Generationengerechtigkeit leben.

Frau Dr. Abmeier führt in das Schwerpunktthema Generationengerechtigkeit ein mit dem Hinweis, dass dieses aktuell sehr drängend ist, und doch schon lange relevant ist.

Es folgen ein Video-Input von Felix Beer, Botschafter der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, und ein Input von Prof. Dr. Axel Bohmeyer, Erziehungswissenschaftler an der KHSB (s. Anlage 5).

In Foren fokussieren die Anwesenden das Thema auf die Bereiche Bildung, Soziale Sicherungssysteme und Umweltschutz. Die Moderatorinnen und Moderatoren aus den Foren berichten wesentliche Ergebnisse (s. Anlage 6).

Herr Dr. Lehmann führt in den Antrag „Generationengerechtigkeit leben.“ ein. Bei dem Antrag handle es sich um eine Problembeschreibung, die als Aufschlag für die weitere und intensive Beschäftigung mit Generationengerechtigkeit verstanden werden will. Konkretisierungen können dann bei den nächsten Vollversammlungen folgen. Um die Komplexität von Generationengerechtigkeit abzubilden, braucht es Zeit. Der Antrag dient dazu, sich auf diesen Weg zu verpflichten. Er ist so ein erster Meilenstein, aus dem konkrete Forderungen und Anträge folgen können und sollen.

Auf den Hinweis von Herrn Klose, es handle sich eher um eine Problembeschreibung als um einen Antrag, da eine klare Forderung an den Diözesanrat fehle, verweist Herr Dr. Lehmann auf die Selbstverpflichtung in Zeile 27-29.

Änderungsantrag Herr Streich: Z.8-10 vor die Überschrift schieben. Vorschlag wird von den Antragstellern angenommen.

Vorschlag Herr Klose: die (ursprünglichen) Z.8-16 unter die Überschrift in Z.45 zu platzieren. Der Vorschlag wird von den Antragstellern angenommen.

Änderungsantrag Herr Singelstein: In Z.45 „gerade“ durch „zuletzt“ ersetzen. Vorschlag wird von den Antragstellern angenommen.

Änderungsantrag Herr Groth: Absatz Z.8-15 vor die Überschrift in Z.7 zu stellen. Vorschlag wird per Abstimmung abgelehnt.

Änderungsantrag Herr Klose: In Z.27f ersetzen von „sind aufgerufen“ durch „verpflichten sich“ statt Vorschlag wird von den Antragstellern angenommen.

Änderungsantrag Herr Groth: Überschrift doppelt sich. Frau Binek ergänzt, dass die Überschrift „Generationengerechtigkeit verantwortungsvoll gestalten.“ aussagekräftiger ist als „Generationengerechtigkeit leben.“ Die Antragsteller übernehmen den Vorschlag und nennen den Antrag „Generationengerechtigkeit verantwortungsvoll gestalten.“

Änderungsantrag Herr Kaczynski: Überschrift in Z.37 ändern hin zu „Kinder-, Jugend- und Familienarmut“. Wird von den Antragstellern angenommen.

Änderungsvorschläge zur Formulierung in Z.42f von Herrn Klose, Herrn Zimmermann, Frau Binek und Herrn Haas-Busch werden von den Antragstellern angenommen, so dass es nun heißt: „im Erzbistum Berlin, insbesondere innerhalb unserer Gemeinden und Orten kirchlichen Lebens.“

Änderungsantrag Frau von Heereman: Streichung von „Orte kirchlichen Lebens“. Antrag wird per Abstimmung von der Mehrheit abgelehnt.

Änderungsantrag Herr Groth: Umstellen hin zur Formulierung „innerhalb unserer Gemeinden und Orten kirchlichen Lebens im Erzbistum Berlin“. Wird von den Antragstellern angenommen.

Änderungsantrag Frau Jungbluth: Durch die Umstellung scheinen die ersten zwei Sätze als Doppelung und sollten gestrichen werden. Vorschlag wird von den Antragstellern angenommen.

Änderungsantrag Frau Jungbluth: Einfügung von „Gelebte Partizipation junger Menschen muss durch eine Wahlalterabsenkung gewährleistet werden.“ Der Antrag wird per Abstimmung abgelehnt.

Änderungsantrag Herr Singelstein: In Z.49f ersetzen von „vermieden und Vorteile erwirkt werden“ durch „beseitigt werden“. Vorschlag wird von den Antragstellern angenommen.

Änderungsantrag Herr Dr. Wetzel: In Z.48 ersetzen von „Justiz“ durch „Rechtsordnung“. Der Antrag wird per Abstimmung abgelehnt.

Änderungsantrag Herr Höckner: Streichung des ganzen Satzes in Z.48-50. Antrag wird per Abstimmung abgelehnt.

Änderungsantrag Herr van Schewick: In Z.48 Streichung von „der“ vor „Justiz und Verwaltung“. Wird von den Antragstellern angenommen.

Änderungsantrag Frau von Heereman: In Z.58 Streichung von „Mehrgenerationenhäusern“.

Änderungsantrag Herr Singelstein: Ganzen Satz Z.56-58 streichen. Dieser (weitergehende) Antrag wird per Abstimmung angenommen.

Änderungsantrag Herr Groth: Einfügung von „Familien“ in Z.54. Antrag wird per Abstimmung abgelehnt.

Änderungsantrag Herr Dr. Thiede: In Z.63 Begriff „Erträge“ durch „stabile Leistung“ ersetzen. Wird von Antragsstellern angenommen.

Änderungsantrag Frau von Heereman: In Z.60 Formulierung „jüngere Generation steht für die Ältere ein“ ersetzen durch „Generationen stehen füreinander ein“. Antrag wird per Abstimmung abgelehnt.

Änderungsantrag Herr Streich: In Z.61 „Dies ist die Idee der Sozialversicherung.“ ersetzen durch „Dies sind Beispiele der Sozialversicherung.“ Vorschlag wird per Abstimmung angenommen.

Änderungsantrag Frau Hoffmann: Streichen der drei Absätze Z.59-71 und zur Anlage zu machen. Antrag wird per Abstimmung abgelehnt.

Änderungsantrag Herr Dr. Wetzel: In Z.63 ergänzen: „Zugleich dürfen ältere Menschen nicht in Altersarmut abgleiten.“ Vorschlag wird per Abstimmung abgelehnt.

Änderungsantrag Herr Klose: In Z.69 „nächste Generation“ ersetzen durch „nächsten Generationen“. Vorschlag wird von den Antragstellern angenommen.

Änderungsantrag Herr Zimmermann: Einfügen des folgenden Absatzes:

„Kirchliche Strukturen des Erzbistums

Eine Kirche für alle Generationen muss Kinder- und Jugend(verbands-)arbeit aktiv unterstützen. Sie bedarf einer starken Vertretung im Rahmen der pastoralen Arbeit mit jungen Menschen durch eine partizipative Jugendseelsorge sowie durch den BDKJ. Darüber hinaus müssen alle Gremien in den Gemeinden, Pastoralen Räumen und Pfarreien unseres Erzbistums kinder- und jugendfreundlich gestaltet werden. Dazu braucht es in jedem Pastoralen Raum bzw. jeder Pfarrei einen hauptamtlichen Stellenanteil für Kinder- und Jugend(verbands-)arbeit, um wieder mehr Jugendliche zu erreichen und vor allem auch neue Zielgruppen ansprechen zu können.“

Der Abschnitt wird per Abstimmung in den Antrag aufgenommen (7 Nein-Stimmen).

Änderungsantrag Herr Kaczynski: Streichung von „Jugend(~~verbands-~~)arbeit“. Der Antrag wird per Abstimmung angenommen.

Änderungsantrag Herr Klose: „verbands-“ sollte beibehalten werden.

Änderungsantrag Herr Pethke: „BDKJ“ darf nicht gestrichen werden.

GO-Antrag Frau Hoffmann: Über die Teile soll getrennt abgestimmt werden. Da es keine Gegenrede gibt, wird getrennt abgestimmt:

Abstimmung über Streichung des Abschnitts „mit jungen Menschen durch eine partizipative Jugendseelsorge sowie durch den BDKJ“. Antrag wird per Abstimmung angenommen.

Abstimmung über Streichung des Satzes „Dazu braucht es in jedem Pastoralen Raum bzw. jeder Pfarrei einen hauptamtlichen Stellenanteil für Kinder- und Jugend(verbands-)arbeit, um wieder mehr Jugendliche zu erreichen und vor allem auch neue Zielgruppen ansprechen zu können.“ Antrag wird per Abstimmung angenommen.

Änderungsantrag Herr Urig: Änderung von „Kinder- und Jugendarbeit“ hin zu „Kinder- und Jugendpastoral“. Antrag wird per Abstimmung abgelehnt.

Änderungsantrag Frau Jungbluth: Alle Abschnitte der konkreten Aspekte (Bewahrung der Schöpfung, Kinder- und Jugendarmut, Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Bildungspolitik, Soziale Sicherungssysteme, Verschuldung, Infrastruktur, Kirchliche Strukturen des Erzbistums) zu streichen und als Anlage festzuhalten.

Es folgen mehrere Wortbeiträge, die den Antrag unterstützen (Herr Groth, Herr Klose, Frau Wedekind, Herr Höckner) oder ablehnen (Herr van Schewick, Frau Anders, Frau Dr. Abmeier, Herr Pethke).

GO-Antrag Frau Petrauschke: Schließung der Redeliste und sofortige Abstimmung. Da es keine Gegenrede gibt wird der Antrag von Frau Jungbluth zur Abstimmung gestellt.

Die Abstimmung zeigt ebenso viele Ja- wie Nein-Stimmen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Antrag insgesamt wird zur finalen Abstimmung gestellt.

Ergebnis: 32 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen (s. Anlage 2).

6. Synodalrat für das Erzbistum Berlin

Frau Dr. Abmeier erinnert daran, dass in der letzten Amtsperiode damit begonnen wurde, eine Reform der (Gremien-)Strukturen im Erzbistum zu erwirken. Inzwischen wurde mit verschiedenen Akteuren in einem Workshop über einen möglichen Synodalrat diskutiert. Im März 2022 folgt der nächste Workshop zur Weiterarbeit. Die Vollversammlung wird über die weiteren Entwicklungen informiert werden.

7. Anträge

Herr Streich führt in den Antrag „Durchführung Ökumenischer Kirchentag in Deutschland“ ein. Da die Ökumenischen Kirchentage in guter Erinnerung sind, bittet er um Zustimmung für den Antrag, in dem die Bitte an die Veranstalter (Zentralkomitee der deutschen Katholiken und Deutscher Evangelischer Kirchentag) formuliert ist, Ökumenische Kirchentage zu verstetigen und regelmäßig durchzuführen.

In der Aussprache dankt Herr Klose dem Sachausschuss für die Arbeit. Von je mehr Seiten dieses Anliegen eingebracht wird, desto eher werde es ein Vorankommen geben.

Änderungsantrag Herr Josue: Im Sinne der Gendergerechtigkeit soll es in Z.7 heißen: „Diözesanrat der *Katholikinnen und* Katholiken“. Herr Pethke spricht sich dagegen aus, diese Frage im Rahmen des aktuellen Antrags zu beraten. Frau Wedekind plädiert ebenfalls dafür, die ursprüngliche Formulierung beizubehalten.

GO-Antrag Herr Höckner über sofortige Abstimmung. Da keine Gegenrede erfolgt, wird über den Antrag abgestimmt.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Der Änderungsantrag von Herrn Josue wird abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag insgesamt: Der Antrag in seiner ursprünglichen Form wird ohne Gegenstimme mit einer Enthaltung angenommen (<u>s. Anlage 3</u>).
--

8. Verschiedenes

Herr Hoyer bittet um Ausfüllen und Abgabe der Evaluationsbögen.

Er informiert über die Termine für die nächsten Vollversammlungen, die der Geschäftsführende Ausschuss beschlossen hat: 7. Mai 2022 und 19. November 2022

Nachdem der erste Qualifizierungstag für kirchliche Gremienarbeit in 2021 ein großer Erfolg war, wird am 26. März 2022 erneut ein Qualifizierungstag angeboten.

Es wird ein Werbefilm zur „Fairen Gemeinde“ gezeigt, der dazu einladen will, das Thema auch in der je eigenen Pfarrei voranzutreiben (www.faire-gemeinde.de).

Frau Dr. Abmeier dankt allen Mitgliedern der Vollversammlung für die Teilnahme und die große Disziplin in Bezug auf die Hygienemaßnahmen. Schließlich dankt sie Frau Wollenweber für die souveräne Moderation durch den Tag und schließt die Vollversammlung.

Berlin, 21. Dezember 2021

Für das Protokoll

Dr. Lukas Hetzelein

Referent